

Bezugspreis:

Wochenschrift 2.- Mk., monatlich 6.- Mk., frei ins Haus, wozu zahlbar Postbezug: Monatlich 2.- Mk., erst Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragten in die Postzeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigepreis:

Die achtspaltigen Kompani-Anzeigen kosten 1.50 Mk. „Kleine Anzeigen“, das heißt die übrigen Anzeigen (ausgünstig 1.50 Mk. für die ersten 10 Zeilen, jedes weitere Wort 40 Pfg. für die ersten 10 Zeilen, jedes weitere Wort 30 Pfg. für die übrigen Zeilen), politische und gewerkschaftliche Anzeigen 1.50 Mk. bis 2.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 65, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 30. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11753-54.

Proteststreik in Ludwigshafen.

Der oberschlesische Streik.

Vorgeschichte und Ursachen.

Wenn in einer Zeit, in der die ganze Welt nach Kohlen schreit und die Kohlenknappheit einen Grad erreicht hat, der das ganze Wirtschaftsleben gefährdet, in dem zweitgrößten Kohlenrevier Deutschlands ein Streik der Kohlengräber von solcher Ausdehnung und Wucht ausbricht, so ist es verständlich, wenn in weiten Volkskreisen die Frage entsteht: „Was sind die Ursachen dieses Streiks und warum konnte er nicht verhindert werden?“ Um ein klares und festes Urteil über die Ursache des jetzt beendeten Streiks und die mit ihm parallel gehende polnische Revolte zu erhalten, ist es notwendig, die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter seit den Revolutionstagen zu untersuchen bzw. den Fernstehenden klarzulegen.

Dass die Arbeitsverhältnisse des oberschlesischen Industriearbeiters unter dem alten Regime mit die schlechtesten von Deutschland waren, ist bekannt, ebenso wie die wirtschaftliche und politische Unfreiheit, in der die Arbeiterklasse von dem allmächtigen Kapital gehalten wurde. Alle Versuche der gewerkschaftlichen Organisationen und der Sozialdemokratischen Partei, hier eine Besserung herbeizuführen, scheiterten an dem Gewaltregime des Kapitals, das engverbunden mit dem reaktionären Polizeiregime alle freibeweglichen Bemühungen der Arbeiterklasse unterdrückte.

Die oberschlesische Arbeiterklasse wurde deshalb vollständig von der Revolution überrascht und nirgendwo herrschte mehr Freude unter der Arbeiterklasse über den Umsturz der Verhältnisse, als in Oberschlesien. In keinem Bezirk Deutschlands wurde aber auch der Zweck und das Wesen der Revolution mehr verkannt, als hier. Schon wenige Tage nach der Revolution wurden den Organisationen Lohnforderungen bis zu 30 Mark die Schicht und gleichzeitige Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden unterbreitet. Den Erklärungen der Organisationsvertreter, dass die Erfüllung dieser Forderungen unmöglich sei, stand die große Masse, denen jede gewerkschaftliche Schulung fehlte, unverstündlich gegenüber. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die sich schon während des Krieges zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten, suchten sofort eine Verhandlung mit dem Berg- und Hüttenmännischen Verein nach, um in dieser eine Milderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die Unternehmer gaben denn auch unter dem Zwange der Verhältnisse ihre ablehnende Haltung, mit den Organisationen zu verhandeln, auf, und es fanden am 18., 19. und 20. November umfangreiche Verhandlungen statt.

In diesen Verhandlungen wurden feste Vereinbarungen über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit getroffen. Für alle Arbeiter wurde ein fester Grundlohn festgesetzt, unter dem kein Arbeiter bei normaler Arbeitsleistung verdienen durfte. Für die Häuer wurde z. B. ein fester Grundlohn von 18,40 Mk. festgesetzt. Die bisherige Regelmäßigkeitsprämie, die auf verschiedenen Gruben 10 bis 20 Proz. des Gesamtverdienstes betrug, und dem Arbeiter, wenn er eine oder mehrere Schichten ohne Urlaub der Arbeit fernblieb, nicht ausgezahlt wurde, wurde beseitigt. Ebenso auch alle übrigen Prämien und Zulagen, deren Auszahlung mehr oder weniger von der Gunst des Abteilungsleiters abhing. Für Ueberstunden wurden für Wochentags- 25 und für Sonntagsschichten 50 Prozent Zuschlag vereinbart. Letztere Vereinbarung war für den Bergarbeiter von hoher und prinzipieller Bedeutung. War es doch keine Seltenheit, dass Bergarbeiter 30 bis 35 Schichten im Monat verfahren. Außerdem wurde eine Kinderzulage von 20 Pfennig je Kind und Schicht erreicht und ferner eine einmalige Zulage in Höhe von 150 Mk. für Häuer, abgestuft für die einzelnen Arbeiterkategorien nach unten bis zu 60 Mark.

Die Arbeitszeit wurde für die Untertagsarbeiter auf 8 Stunden festgesetzt. Für die Ubertagsarbeiter wurde die Schichtzeit ebenfalls auf 8 Stunden, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 vereinbart. Welche Vorteile bei dieser Vereinbarung erreicht wurden, geht am besten aus folgender amtlichen Statistik hervor: Ende April 1918 arbeiteten von den Steinkohlenbergarbeitern Oberschlesiens 83,6 Prozent in 8 1/2stündiger, 50,7 Prozent in 10stündiger und 6,7 Prozent in 11stündiger Schicht.

Bei der Entlohnung des Lohnes zeigte sich dasselbe Bild. Nach der amtlichen Statistik des statistischen Reichsamtes betrug der Lohn je Schicht:

Gegen die Putschisten.

Seit Freitag nachmittag sehen sämtliche Ludwigshafener Fabriken und Verkehrsmittel still. Die Eisenbahn- und Postbeamten verlangen Freilassung der Verhafteten, widrigenfalls sie sich dem Streik anschließen. Die Bevölkerung ist sehr erregt über das Verhalten der Franzosen, deren Mitwissen und indirekte Unterstützung des Putsches außer Zweifel steht. Die Teilnahme französischer Soldaten an der Schießerei ist dagegen noch nicht sicher festgestellt.

Ueber die Urheber des Putschversuches der vorhergehenden Nacht lauten die Angaben noch immer widersprechend. Von einer Seite wird behauptet, dass es ausschließlich Franzosen in Zivil gewesen wären, andere sagen, pfälzische Sonderbündler und Franzosen seien gemeinsam vorgegangen. Nach der „Neuen Badischen Landeszeitung“ war Dr. Haas aus Landau in Ludwigshafen anwesend. Außer dem Hauptpostgebäude besetzten die Franzosen auch die übrigen staatlichen und städtischen Gebäude.

Table with 5 columns: Zeit, Eigentl. Bergarb., Sonstige Bergarb., Erwachsene Tagelarb., Jugendl. Arbeiter. Rows for 3rd, 4th, and 1st quarters of 1918.

Wenn man nun die Tatsache berücksichtigt, dass gleichzeitig die Arbeitszeit erheblich verkürzt wurde, und zwar für die einzelnen Arbeiterkategorien bis zu 3 Stunden, so wird kein vernünftiger Mensch die außerordentlichen Vorteile bestreiten können, die durch die Vereinbarungen mit den Unternehmern von den Organisationen für die Arbeiter erreicht wurden. Trotzdem trat das Unglaubliche ein. Am demselben Abend, nach ehe die Vereinbarungen bekannt wurden, behaupteten ausländische polnische Agitatoren in einer öffentlichen Versammlung in Schoppin, dass die Bergarbeiter von den Organisationen verraten worden seien. Diese verwerfliche Agitation, die in der Hauptstadt der separatistischen polnischen Zentralverband betrieb, wurde fortgesetzt. In Versammlungen und Zeitungen dieser bolschewistischen Organisation, die sich fälschlicherweise sozialistisch nennt, wurde behauptet: „Diese, durch die Kapitalisten diktierten Verträge seien schlimmer, als der frühere Zustand, d. h. die Arbeiter seien verraten worden“. Diese Behauptungen, die mit der Wahrheit im schärfsten Widerspruch stehen, wurden nur aufgestellt, um die Leidenschaften der zum großen Teil mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht vertrauten Arbeitermasse in nationalpolnischen Interesse aufzuwecken. Von linksradikalen deutschen Elementen wurde diese Hege auf das tatkräftigste unterstützt. Die Folge war, dass trotz der für die Arbeiter günstigen Vereinbarungen es im November und Dezember zu erbitterten Streiks kam, die, da die Unterstützungen der Gewerkschaften fehlten, zusammenbrachen.

Als diese Bewegung beendet war, tauchte die Forderung nach einer einmaligen Zuwendung für jeden Bergarbeiter in Höhe von 800 bis 1000 Mark auf. Begründet wurde die Forderung damit, dass die preussische Regierung im Jahre 1915 angeordnet habe, dass die Gruben- und Hüttenbesitzer eine 15prozentige Lohnerböschung zu zahlen haben. Da nun in Oberschlesien dieser Zuschlag nicht gezahlt wurde, so sollten die Grubenbesitzer dieses Geld auf einmal nachzahlen. Die Gewerkschaften gaben die größte Mühe, um den Arbeitern diese löbliche Meinung auszureden. Es war jedoch alles umsonst. Mit Erbitterung wurde an dieser Forderung festgehalten. Die unglaublichen Gerüchte wurden erzählt. So wurde u. a. in einer öffentlichen Konferenz der Ausschussmitglieder der Gruben behauptet, dass eine englische Kommission, die damals in Oberschlesien weilte, bei einer Verhandlung mit dem Arbeiterausschuss der Deutschlandgrube erklärt habe, die Forderung nach einer einmaligen Entschädigung von 800 Mark sei berechtigt, und die Grubenbesitzer mühten diese Summe zahlen. Die englische Kommission würde dafür sorgen, dass diese Forderung der Bergarbeiter bewilligt wird. In Wirklichkeit stellte es sich heraus, dass die englische Kommission keinerlei Verhandlungen mit irgendeinem Arbeiterausschuss gehabt hatte. Ihre Aufgabe war lediglich, festzustellen, wie die Kriegsgefangenen behandelt und wie sie untergebracht wurden.

Als sich die Grubenbesitzer außerstande erklärten, diese Forderung zu bewilligen, verlangte man die Auszahlung der Summe vom Staate. Die Minister Sirich und Vandsberg kamen nach Oberschlesien und versuchten, den Bergarbeitern diese Forderung auszureden,

denn es war natürlich nicht möglich, dass der Staat den oberschlesischen Bergarbeitern eine derartige Zuwendung machen konnte, denn mit demselben Augenblick wären, und zwar mit Recht, auch die übrigen Bergarbeiter und andere Arbeiter im Reich an die Regierung mit derselben Forderung herangetreten. Alle Bemühungen, diese Angelegenheit in Güte beizulegen, blieben ohne Erfolg. Ein erbitterter, wochenlangender Streik war die Folge, der für die Bergarbeiter selbstverständlich erfolglos enden musste.

Nachdem diese Bewegung beendet war, setzte auf fast allen Gruben die Absetzung der Beamten ein. Bestritten kann nicht werden, dass viele Beamte während des Krieges und schon früher die Arbeiter unwürdig behandelt haben. Das Bestreben, nunmehr Vergeltung zu üben, war deshalb menschlich verständlich. Leider wurde auch hier durch die Hege unverantwortlicher Elemente der Hagen von der Arbeiterklasse überspannt und von dem Rachegefühl der Arbeiter neben schuldigen auch unschuldige Beamte betroffen. Vorgänge, die mehr als 15 Jahre zurückliegen, wurden aufgewärmt und die Entlassung der Beamten wegen ihrer damaligen Stellungnahme gefordert. Die Organisationsvertreter haben alle Bestrebungen gemeinsam mit der Bergbehörde und dem Staatskommissar gepflegt und eine ganze Anzahl Beamte, die sich schwere Vergehen gegen die Arbeiter hatten zuschulden kommen lassen, wurden entlassen, oder ihnen eine andere Tätigkeit zugewiesen. Die Organisationen konnten sich aber auch in dieser Angelegenheit nur auf den Boden des Rechts stellen und mühten die eigenmächtigen und gewaltsamen Entfernungen von Beamten, wie sie sich leider in sehr vielen Fällen ereignete, zu verhindern. Die polnisch-bolschewistische Organisation leistete auch hier das menschenmögliche an Verhütung und sie fand durch die spartakistischen Elemente tatkräftige Unterstützung.

Durch Verhandlung mit dem Unternehmerverband wurden am 25. und 26. April erneut erhebliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzielt. Das Hauptziel dieser Verhandlung war, die 7-Stunden-Schicht für die Bergarbeiter zu erreichen. Der Unternehmerverband bewilligte jedoch nur die 7 1/2-Stunden-Schicht. Die Organisationen konnten sich der Begründung der Unternehmer, dass es nicht möglich sei, die Betriebe, die bisher auf die 9- und 10stündige Schicht eingestellt waren, technisch so schnell umzustellen, nicht verschließen, und fanden sich damit ab, da sie die Verantwortung vor der Öffentlichkeit nicht übernehmen konnten, wegen dieser Angelegenheit einen allgemeinen Streik zu führen. Diese Haltung, die vom Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber diktiert war, wurde ebenfalls zum Anlass einer wüsten Hege gegen die Organisationen und ihre Vertreter.

Um nun doch die Siebenstundenschicht durchzuführen, erklärten die linksradikalen und polnischen Zentralverbände, dass die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt nicht für den einzelnen Mann gelte, wie es in der ganzen Welt der Fall ist, sondern für die ganze Belegschaft. Es ist dies technisch ganz unmöglich, weil dann die Arbeiter der Gruben, wo die Belegschaft klein ist, und die Selbstfahrer in Folge dessen nicht so lange dauern wie auf den großen Gruben, eine viel längere Arbeitszeit haben würden. Die Folge dieser Agitation war ebenfalls wieder große Erbitterung, die durch eine Vereinbarung vom 4. Juli 1919, wonach ab 16. Juni eine Lohnverbesserung von 220 Mk. eintreten habe, die aber nur den Arbeitern gezahlt werden sollte, die die vereinbarte Schichtzeit einholten, noch vermehrt wurde. Als Vertragskontrahenten konnten sich die Organisationen nicht dagegen erklären, denn auch sie haben ein Interesse daran, dass die vereinbarten Verträge von der Arbeiterklasse gehalten werden.

Der unmittelbare Anlass zum letzten Streik war die Auflösung des oberschlesischen Freikorps (Frenzschütz), der durch die neue Reichswehr ersetzt wurde. Infolgedessen kehrten diese Arbeiter und Beamte, die dem Grenzschutz angehört hatten, in ihre Arbeitsstelle zurück. Die Belegschaften, angefüllt von polnischen und linksradikalen Elementen, die in dieser Angelegenheit, wie in vielen anderen, Hand in Hand arbeiteten, weigerten sich, die entlassenen Arbeiter und Beamten zur Arbeit zuzulassen. Infolgedessen waren auf den meisten Gruben eine größere Anzahl junger kräftiger Arbeiter, die gern arbeiten wollten, arbeitslos. Alle gültlichen Verhandlungen waren erfolglos. Selbst eine Verordnung des Staatskommissars, dass derjenige, der einen vom Grenzschutz entlassenen Arbeiter an der Aufnahme der Arbeit hindert, vor ein Kriegsgericht gestellt und bestraft wird, er-

rechte nicht ihren Zweck. Schließlich antworteten die Grubenbesitzer mit Repräsentanten und entließen eine Anzahl Arbeiter, die sich bei der Agitation gegen die Wiedereinstellung der Grenzschutz-Arbeiter hervorgetan hatten.

Zu derselben Zeit, als diese Vorgänge spielten, wurde die Lithandra- und Fürtengrube stillgelegt. Die Verwaltung der ersten Grube begründete diese Maßnahme damit, daß die Leistung um 60 Proz. zurückgegangen sei und sie monatlich Hunderttausende von Mark Zuschuß zahlen könne. Durch Vermittlung der Organisationen erklärte sich die Verwaltung bereit, die Grube wieder in Betrieb zu setzen, wenn die Arbeiter die 7 1/2 stündige Schichtzeit innehalten und sich jeden Eingriff in die inneren Verwaltungsangelegenheiten enthalten. Auch sollte sich die Belegschaft verpflichten, die Leistung zu steigern. Diese Vereinbarungen, an denen die Organisationsvertreter mitgewirkt hatten, konnten ohne weiteres angenommen werden, da sie nichts enthielten, was die Rechte der Arbeiter beschnitt. Die Agitatoren des polnischen Zentralverbandes empfahlen jedoch in einer Belegschaftsversammlung die Ablehnung dieser Vereinbarung. Die entgegengeleiteten Ausführungen der Organisationsvertreter wurden nicht angehört. Daraufhin erklärte die Grubenverwaltung, daß sie nunmehr die Grube stilllege.

Bei der Fürtengrube verhielt es sich ähnlich, nur war hier der Konflikt aus dem Grunde entstanden, weil sich die Arbeiter weigerten, die Arbeiter und Beamten, die vom Grenzschutz zurückkehrten, zur Arbeit zuzulassen.

Der unter Mitwirkung des polnischen Zentralverbandes gegründete Verband der Obleute hielt nun eine Konferenz nach der anderen ab, deren Ziel war, die gewerkschaftlichen Organisationen auszusprechen und die Anerkennung dieses sogenannten Verbandes zu erzielen. Auch verlangte er, daß ihm Büroräume mit vollständiger Ausstattung zur Verfügung gestellt und der Vorstand dieses Verbandes angestellt werde. Die Forderungen, die am 10. August aufgestellt wurden, lauteten wie folgt:

1. Restlose und sofortige Einstellung derjenigen Arbeiter, denen gekündigt bzw. die bereits entlassen.
2. Zu der Einstellung der Grenzschutzleute in ihr früheres Arbeitsverhältnis kann erst dann Stellung genommen werden, bis zu Punkt 1 sämtliche entlassenen Arbeiter eingestellt sind.
3. Entlassung der politischen Gefangenen.
4. Den Delegiertenverband der Obleute Oberschlesiens voll und ganz als vertragsmäßige Instanz anzuerkennen.
5. Volle Garantie für ungehindertes Tragen der Delegierten und unentgeltliche Verfügungsbekanntmachung eines Raumes (Salons) und Büroräume nicht dem dazugehörigen Standort.
6. Volle Entschädigung derjenigen Delegierten, die die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. (Es dürfen 4 bis 5 Personen in Betracht kommen, die künftig ihren Sitz in den geforderten Räumen haben werden.)
7. Aufhebung der Streiksperrung und des Belagerungszustandes.

Diese Forderungen, die den Organisationen übermitteln wurden, waren mit folgendem Schluppsatz versehen:

Die ganze Arbeiterschaft Oberschlesiens fordert binnen 24 Stunden ein in diesem Sinne günstiges Resultat, widrigenfalls die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden, denn die Arbeiterschaft Oberschlesiens ist nicht gewillt, sich irgendwie von den Nationen und Autokraten des Arbeitgeberverbandes einschüchtern zu lassen. Die Obleute.

In 24 Stunden war es natürlich nicht möglich, eine Sitzung mit dem Arbeitgeberverband herbeizuführen. Bevor überhaupt Verhandlungen zustande kamen, verkündete die Obleute am Montag, den 11. August, den Streik. In einer Verhandlung, die am Mittwoch, den 13. August, stattfand und an der ein Vertreter des Staatskommissars und des Arbeitgeberverbandes sowie die Organisationen und die Obleute teilnahmen, erklärten sich die Organisationen und der Vertreter des Staatskommissars bereit, für die Erfüllung der Forderungen, soweit die möglich und soweit sie berechtigt sind, einzutreten.

Anstatt nun auf Grund dieses Beschlusses mit den Belegschaften zu verhandeln und zur Aufnahme der Arbeit zu schreiten, stellten die Obleute in einer erneuten Konferenz abermals Forderungen auf, die fast nur politischer Natur waren, und deren Erfüllung um größten Teil bereits zugesagt war. Am Freitag, den 15. August, fanden abermals Verhandlungen unter dem Vorsitz des Staatskommissars statt, an der alle Organisationen, einschließlich des polnischen Zentralverbandes, und der Arbeitgeberverband teilnahmen. In dieser Verhandlung wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

1. Der Streik wird von keiner der vorgenannten Gewerkschaften geführt, gilt als wilder Streik, hat also daher keine Berechtigung und muß sofort beendet werden. Die Arbeit ist sofort aufzunehmen.

2. Nach Beendigung des Streiks beruft der Staatskommissar eine Konferenz der vorgenannten Organisationen ein, in der die Punkte

- a) Wiedereinstellung der Gemahregelten.
 - b) Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe.
 - c) Abänderung des Belagerungszustandes.
 - d) Haftentlassung etwaiger politischer Häftlinge,
- verhandelt werden sollen. Die Vertreter der Organisationen und der Staatskommissar erklären, daß nach eingehender Prüfung den Forderungen, soweit sie berechtigt sind, stattgegeben wird bzw. diese an zuständiger Stelle zur Durchsührung vertreten werden sollen. In der Verhandlung erklärte sowohl der Arbeitgeberverband wie die Gewerkschaften sich mit dieser Entscheidung einverstanden und dokumentieren damit den Streik als unberechtigt, als wilden Streik.

In seinem Schlußwort richtete Staatskommissar Göring, nachdem die von ihm vorgeschlagene Resolution angenommen war, an die Arbeitgeber das dringende Ersuchen, alle Arbeiter, die entlassen wurden und sich nicht eines direkten Verbrechens schuldig gemacht haben, wieder einzustellen, und zwar noch ehe in Verhandlungen eingetreten wird. Gegenüber den Organisationsvertretern erklärte er in feierlicher Weise, daß alle Gemahregelten wieder eingestellt werden. Seine Erklärung lautet wörtlich wie folgt:

Ich erkläre feierlich und verbürgt mich dafür, daß alle Gemahregelten, soweit sie sich schwerer Vergehen und Verbrechen nicht schuldig gemacht haben, sofort eingestellt werden, sobald die Arbeit aufgenommen ist. Sollten sich die Herrn Unternehmer nicht dazu bereitfinden lassen, so werde ich den Reichswehrminister bitten, eine Verordnung zu erlassen, die die Arbeitgeber zwingt, die Gemahregelten wieder einzustellen.

Durch diese Verhandlung war freie Bahn geschaffen, und wenn schon vorher kein Grund zum Streifen vorhanden war, so war er nunmehr vollends sinnlos geworden. Daß der Streik trotzdem nicht beendet wurde, lag an der tendenziösen und aufreizenden Berichterstattung von der Einigungs-Konferenz in einer Konferenz der Obleute, die nachher stattfand. In dieser Konferenz waren die deutschen Organisationen nicht eingeladen worden.

Anstatt auf die Obleute in verständlichem Sinne einzuwirken, begann Herr Kdamez, der Vorsitzende des polnischen Zentralverbandes, seine Ausführung mit einer Rede auf den Staatskommissar Göring. Auch die übrigen Organisationsvertreter wurden von ihm in verletzender Weise heruntergerissen. Die feierliche Erklärung des Staatskommissars bezüglich der Wiedereinstellung der gemahregelten Bergarbeiter wurde den Obleuten verschwiegen. Die Folge war, daß die Einigungs-Verhandlungen umsonst geführt worden waren und der Streik weiterging. Da mittlerweile der polnische Aufstand ausgebrochen und das Ständrecht verhängt worden war, so war damit die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Aufhebung des Streiks beendet.

Diese Darlegung, die von keinem Kenner und sachlichen Beurteiler der ober-schlesischen Bergarbeiterverhältnisse bestritten werden kann, dürfte geeignet sein, dem Uneingeweihten

und fremden Beurteiler einen klaren Einblick in die ober-schlesischen Verhältnisse zu geben. Sie lassen deutlich erkennen, daß der Streik keinerlei wirtschaftliche Ursachen hatte und auch in politischen Gründen keinerlei Berechtigung hatte. Sein Zweck sollte lediglich sein, die ober-schlesischen Bergarbeiter den großpolnischen Bestrebungen, wie sie sich in diesen Tagen in Oberschlesien gezeigt haben, dienstbar zu machen. Diese Absicht ist zwar mißlungen, dafür aber sind Tausende sonst braver Arbeiter mit ihren Familien ins Unglück gestürzt worden.

Julius Franz-Rathowitz

Offener Brief

an die „Berliner Illustrierte Zeitung“

Wir werden ersucht, der folgenden Aufschrift Raum zu geben: In der letzten Nummer bringen Sie auf dem Titelblatt Ihrer Zeitschrift unter der Überschrift: „Ebert und Noske in der Sommerfrische“ ein den Reichspräsidenten und den Kriegsminister im Padekostüm lächerlich machendes Bild. Sie scheinen bei der Veröffentlichung dieses Bildes kein Bewußtsein davon gehabt zu haben, wie absolut würdelos und unpassend eine derartige Reproduktion ist und wie sehr Sie unserm Ansehen im In- wie im Auslande damit schaden.

Ein Bild, das etwas auf sich hält, würde niemals die obersten Repräsentanten der Staatsgewalt in einer derartigen, wie ich glaube rein fiktiven Haltung und Situation abbilden. Wenn Sie das nicht wissen und dafür kein Verständnis haben, so können Sie sich vielleicht einmal überlegen, ob Sie noch den bei Ihnen üblichen Anschauungen von Wohlstandigkeit im öffentlichen Leben den Reichspräsidenten nicht das nächste Mal auch noch in anderen Situationen Ihren Abonnenten vorsetzen. Im Prinzip kommt das auf ganz dasselbe hinaus.

Es ist eine geradezu schändliche Darstellung, aber die jeder entzweit sein muß, der sich etwas von jenen Gefühlen bemüht hat, die jeder Staat, der bestehen will, bei seinen Bürgern voraussetzen muß. Wenn etwas beweist, wie absolut notwendig die Sozialisierung der Presse ist, so ist es diese Nummer der „Illustrierten Zeitung“. Ich hoffe, daß gegen ein derartiges Verbrechen und nur von gewissen Reuten belächeltes Bild noch von anderer Stelle eingeschritten werden wird und daß dem Redakteur, der sich erlaubt, die Öffentlichkeit in dieser Weise heranzufordern, in Zukunft keine Gelegenheit mehr gegeben wird, die von dem Volke selbst gewählten Vertreter der Republik weiter in dieser Form zu beleidigen.

Dr. Oscar Stille,
Dozent an der Humboldt-Hochschule,
und 22. Ritterplatzgasse.

Antiabstinenzbewegung in Amerika.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Kopenhagen, 30. August. „Marbus Stift Abende“ veröffentlicht einen interessanten Bericht an das bänische Außenministerium über die Trinkverbote in Amerika. Das absolute Verbot tritt erst am 15. Januar 1920 in Kraft, aber heute liegen die Dinge bereits so, daß der größte Teil der Vereinigten Staaten durch die Staatsgesetze und städtischen Verordnungen trocken gesetzt sind. 1000 Brauereien, 290 Destillationsfabriken und über 200 000 Salons und Cafés werden geschlossen. Aus diesem Betriebe wird ein Kapital von über 1800 Millionen Dollar frei, 75 000 Arbeiter werden beschäftigungslos und der Staat geht eine Einnahmequelle verlor, die auf etwa 200 Millionen Dollar jährlich veranschlagt wird. Man möchte bereits jetzt versuchen, das Verbot als gesetzlich ungültig anzusehen, doch ist es zweifelhaft, ob dies gelingt. Die Unzuliebe über das Gesetz befreit sich von New York aus überall hin, und die Arbeiterschaft droht unter dem Schicksal: „Ohne Bier keine Arbeit!“ mit dem Generalstreik, wenn das Verbot verwirklicht wird. Der 16. Januar 1920 wird ein bewegter Tag in Amerika werden.

Eine Anklage.

Der Offiziersvertreter Kneudorf bietet an mitzutellen, daß er persönlich für den „Offenen Brief an Oberst Reinhard“ einsteht und nicht der „Mund knallender Unteroffiziere“ als solcher.

Das Rätsel der Milchstraße.

Von Ewante Kerhenius.

Der bekannte schwedische Astronom hat seine deutschen Leser mit einem neuen Buche erfreut (Der Lebenslauf der Planeten. Verlag der Akademischen Verlagsgesellschaft, Leipzig). Es vermischt, wie die von uns wiederholt erwähnte Probe zeigt, wissenschaftlichen Ernst mit populärer Darstellung und hält sich fern von billigen Quantifizierungen über Fernsichtungen und ähnlichem, die immer wieder erneuert werden. Die Schrift gehört in jede Bibliothek.

In dunklen, bewolkten Nächten bemerkt man am prächtigen Sternenhimmel ein unregelmäßiges, über den Himmel sich hinziehendes Lichtband. Dieses Band zieht sich über den Teil des Himmels fort, dessen Ausmaß sich entziehen ist, so daß man sagen kann, daß es wie ein Gürtel das ganze Himmelsgewölbe umschließt. Dieses am nördlichen Sternenhimmel am kräftigsten erscheinende Band nennt man die Milchstraße. Es steht etwa 50 Grad gegen den Äquator geneigt und teilt den Himmel in zwei nahezu gleiche Teile, von denen der nördliche etwas größer ist.

Die antike Welt und auch die ganze Menschheit hatte aber bis vor ungefähr 200 Jahren keine Ahnung von der außerordentlich großen Bedeutung der Milchstraße. Anaxagoras und Demokritus vermuteten gleichwohl, daß sie aus einer großen Zahl dicht zusammengepackter, außerordentlich kleiner Sterne bestünde, die von derselben Beschaffenheit wären wie unsere Sonne. Platonius beschrieb vor nahezu 2000 Jahren ihre Lage am Himmel, und diese Beschreibung stimmt noch heutigen Tages, soweit man mit unbedeutendem Auge beobachtet. Das von Galilei eingeführte Fernrohr bestätigte die Ansicht, daß die Milchstraße eine Ansammlung zahlloser Sterne sei. Vor noch nicht ganz 100 Jahren machte Swedensborg sie zum Gegenstand astronomischer Betrachtungen, nach denen das Sonnensystem zu ihr gehören sollte. Wright, Kant und Lambert führten diesen Gedanken weiter aus.

Weiterhin wurde kein nennenswerter Fortschritt gemacht, bis der große William Herschel durch seine statistischen Untersuchungen zeigte, daß die Sterne um so dichter beieinander sind, je näher der Milchstraße sie stehen. In manchen Stellen der Milchstraße liegen die Sterne mehr als hundertmal so dicht als an ihren Polen, das heißt an den von ihr so weit als möglich entfernten Punkten. Nach Herschel sind die statistischen Untersuchungen von Struve aufgenommen und später von vielen Forschern fortgesetzt worden.

Durch diese Untersuchungen ist festgestellt worden, daß die Milchstraße sozusagen die Grundfläche bildet, auf welcher das für uns sichtbare Sternensystem aufgebaut ist. Alle verschiedenen Arten von Himmelskörpern, die durchsichtig sind, sind alle um die Milchstraße als Symmetrieachse angeordnet und meist um sie herum angeordnet. Hierher gehören die neuen Sterne, die mitunter aufkommen, wie der bekannte neue Stern im Perseus von 1901; sie liegen fast sämtlich in der Milchstraße oder in ihrer unmittelbaren Nähe. Ferner gehören hierher die unregelmäßigen Nebel, große, weit ausgebreitete Gasmassen, von denen der Orionnebel der bestbekannte ist, und die die Hydrogenlinien ausmachenden Scheinen, aus der

die Sterne hervorgehen. Hierher gehören auch die Sternhaufen, dichte, kugelförmige Anhäufungen von Sternen, und die sogenannten planetarischen Nebel, die — wenigstens in ihren äußeren Teilen — ebenfalls aus kugelförmig oder ellipsoidisch geformten Gasmassen bestehen. Im Gegensatz zu all diesen kommen die zahlreichen Spiralnebel unregelmäßig reichlicher in der Umgebung der Milchstraßenpole vor als sonst im allgemeinen am Himmel.

Nach der Ansicht vieler Astronomen ist die Milchstraße selbst ein Nebel. Meistens wird angenommen, daß sie sehr nahe einem Spiralnebel entspreche, eine Ansicht, die von dem holländischen Astronomen Leuten warm verfolgt wird. Gestirnsauffassung ist sehr wahrscheinlich.

Nach den neuesten Untersuchungen von Shapley (1918) gestalten die Sternhaufen gewissermaßen zum Milchstraßenstern, das demnach einen Durchmesser von wenigstens 200 000 Lichtjahren besitzt. Was wir bisher als das Milchstraßenstern angesehen haben, ist nur ein kleiner Teil von dem enormen Gebilde, dessen fast unfaßbar riesige Dimensionen und durch die Untersuchungen der Sternhaufen enthüllt werden. Die einzelnen Sternhaufen besitzen Wasserstoffmische, die von der gleichen Reihenordnung sind wie die hierenige der Sammlung von Sternen, welche dem Milchstraßenstern mit Ausnahme der planetarischen Nebel und der Sternhaufen angehören.

Einer ungeheuren Quasse gleich schwimmt die Milchstraße in dem unendlichen Weizen. Ihre Ausmaße verhalten sich zu denjenigen der Erde fast wie die Dimensionen dieser letzteren zu denen eines Atoms. Der irische Physiker Rourneil D'Albe bezeichnet die Weltkugeln als die Atome, aus denen die großen Weltsysteme, wie die Milchstraße, in derselben Art aufgebaut sind wie die Erde und die anderen Gestirne aus den für uns unsichtbaren Atomen, deren Größe doch mit höchster Genauigkeit festgestellt ist.

In poetischem Schematismus könnert Rourneil D'Albe nicht, dem Milchstraßenorganismus Leben zuzuerkennen. Eine gewisse Analogie mit einem Lebewesen kann ihr nicht abgesprochen werden. Der große Nebel ist aus der Vereinigung vieler Individuen, vieler auf der Wanderung durch den Weltstrom sich begegnenden Nebel, hervorgegangen. Da lag nun der Neugeborene und streckte seine Arme in den kühlen Weltstrom aus und wuchs und näherte sich von den kleineren Geschöpfen, die ihn der Weltenschlag umhüllte. Nun ist er auf der Höhe seiner Entwicklung und beginnt dem Jenseitigen in seine Moleküle, die Sonnenatome, entgegenzuweichen. Diese aber, aus ihren Atomen dem Weltstrom anheften, führen hinaus und durchstrafen in gewaltigem juwandelnden Tummel den Raum und leben ihr eigenes besonderes Leben. Allmählich werden sie durch die Wirkung des Strahlungsdruckes zum Teil zu Staub zerfallen, der einem neuen juwandelnden Nebel zur Nahrung dienen wird. Der Hauptteil wird dem Kältebad anheimfallen und erst durch Zusammenstoß mit einem Nebel oder dichterem Himmelskörper in Form eines „neuen Sterns“ zu neuem Leben erweckt werden. Und so werden diese jungen Himmelskörper wiederum den Kreislauf des Daseins erfüllen und nach einer, im Verhältnis zu ihren Dimensionen auf Millionen Billionen Jahre zu schätzenden Lebensdauer neuen Himmelsgebilden Dasein geben. Und so wird es in ewigem Kreislauf sich wiederholen.

Wallnertheater: „Eine Ballnacht“.

Am Wallnertheater lief die neue Operette von Oska Strauss der Bedeutsamkeit und dem Gleichmaß eines guten Ullwebers ab; in das Tiden hinein sang die funkelnde Schmiedin Silberberg tanzt. Das heißt aber schon für eine Operette Glück und Melodie eines Walzers, der uns eine Nacht lang nicht mehr aus dem nachhaltigen Erfolg. Das Erlebnis einer hübschen Probiermanie, die der Raune einer Hochgeborenen zuliebe einen Abend lang Romantische spielen darf, dabei aber mehr als die Hälfte ihres Herzens an dem Bringen ihrer Träume verliert — dieses kleine Erlebnis mit vielem launigen Drama und Drama, mit allem Charme und aller Freude und aller Keinen Bismut, fällt drei flet, aber schematisch gemimmerte Alte, Jacobson und Bedanz sind für manches Lachen und für ein paar salzige Tränen verantwortlich. Das Unzeitgemäße der Handlung wird gemildert durch das Märchenhafte der Stimmung; und rituelle Bonmots verderben nichts.

Der ersahrene Straus richtet ein schmattes Menü von Melodien, Couplets, Längen her, in denen einige Jutaten wohl Reue anlagen, einander älterer Kolonisation sind. Schade! nichts, der Gaumen schmeckt kaum einen Erfolg heraus und ein Duett zwischen Häckel und Wenzel zeigt sogar Offenbaldige Herzen. Der Operettenstil ist nirgends so originellere Ueberhebellichkeit geflossen, aber auch nie ins Banale abgeglitten; mit leichter Hand unterstützt der Orchestermeister Straus den Erfinder von Schloßern. Aufrüttelnd des Wärfen und des Kamms Will, Duett zwischen Kamisch und Oufel, das Damenlied im 2. Akt gerieten alle bis zur gründlich ausgekosteten Dasapo-Seligkeit.

Küde Dorisch war in ihrer natürlichen, quirligen Art vor ansehender Raune, nicht minder der bewegliche, temperamentvollere Mahner. Die richtige Kamische sang Rosda Nimo ungeschicklich aus, spielte aber im letzten Akt opernhaft frei. Bedereccis als junger Fürst; hübsch und elegant und spiegelwandl. Muß er da keine Töne bilden? Der Humor kam selbst bei Wahnman zu kurz. Straus dirigierte sich mit seinen Helfern einen tanzenden Erfolg.

Notizen.

Die Korruption in der Filmjournalistik. Der Filmprobierband, die Vertretung der Filmjournalisten, hat sich mit der angeblichen Korruption in der Filmpresse beschäftigt. Er erklärt, daß der weitaus größte Teil der Behauptungen unrichtig ist. Gewisse Missetaten, die aber mit Korruption nichts zu tun haben, werden abgehandelt.

Das Wort haben jetzt der mutige Klarwaser und der Kartellrat der deutschen Filmindustrie, der sich zur Unterdrückung der Missetaten öffentlich bereit erklärt hat, und schließlich die deutlich genug bezeichnete Haltung.

U. R. Weise, der Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbes, hat einen Ruf als Direktor der Radischen Kunstgewerbeschule nach Karlsruhe erhalten.

